

Die Stellung des Opfers im Strafprozeß : Prof.
Dr. Dr. h. c Bernd Schönmann, Universität
München

雑誌名	山梨学院ロー・ジャーナル
巻	2
ページ	75-89
発行年	2007-07-20
URL	http://id.nii.ac.jp/1188/00000164/

Die Stellung des Opfers im Strafprozeß

——Prof. Dr. Dres. h. c. Bernd Schünemann, Universität München——

I Überblick

1. In Deutschland stand die Verbrechensbekämpfung, d.h. die gesellschaftliche Reaktion auf unerträglich abweichendes Verhalten, mit der Verabschiedung der Strafrechtsreform vor 36 Jahren (1969) am Ende eines 1000-jährigen Weges, der mit der Ablösung der rein privaten Strafrechtspflege (wahrgenommen vom Opfer oder seiner Familie) durch einen von staatlichen Instanzen organisierten Prozeß begonnen hatte und mit der Ersetzung des Vergeltungsstrafrechts durch ein Präventionsstrafrecht endete. Am Ende dieses Weges blieb für eine eigenständige Rolle des Verbrechensopfers als Prozeßsubjekt kein Platz mehr übrig, denn wenn das Ziel des Strafverfahrens letzten Endes in der Resozialisierung des Täters im öffentlichen Interesse besteht, so spielt das Opfer nur noch eine Rolle als Zeuge im Prozeß. Aus der Vergangenheit übrig gebliebene Positionen wie etwa die Nebenklage waren deshalb auch permanent von Abschaffung bedroht, und das Opfer wurde, wie es Weigend im Anschluß an McDonald ausdrückte, zu einer „vergessenen Figur“. Aber schon 15 Jahre später fand ein totaler Umschwung statt, als sich der 55. Deutsche Juristentag (1984) mit der „Rechtsstellung des Verletzten im Strafverfahren“ befaßte, und seitdem

ist in einer ganzen Reihe von Gesetzen ein ununterbrochener Ausbau der Opferstellung im Strafverfahren durchgeführt worden, und die Forderungen nach weiterer Verstärkung, dieser Rechte sind noch längst nicht zu Ende. Der politische Motor dieser Entwicklung, besteht in der feministischen Bewegung, denn die ganze Diskussion dreht sich immer wieder um die Opfer von Sexualdelikten, die nun einmal fast ausschließlich von Männern begangen werden; und es sind die feministischen Forderungen gewesen, die auch bei einer allgemeinen Verbesserung der Opferstellung immer den eigentlichen Auslöser gebildet haben.

2. Zentraler Punkt ist die Frage der Anerkennung des Verletzten als Prozeßsubjekt, d.h. als Partei. Ursprünglich war, wie schon bemerkt, das Opfer mit dem Ankläger identisch. In allen Rechtsordnungen hat sich aber im Laufe der geschichtlichen Entwicklung eine staatliche Anklagebehörde herausgebildet, während das Opfer gleichzeitig auf eine bloße Zeugenrolle zurückgedrängt wurde. Es blieben nur noch kleine Reste der Anklägerrolle zurück, im deutschen Recht außer der schon erwähnten Nebenklage auch das Recht der Privatklage bei personenbezogenen Bagatelldelikten wie der Beleidigung. Innerhalb von 20 Jahren seit dem erwähnten Deutschen Juristentag ist dann aber die Entwicklung massiv in die genau umgekehrte Richtung gelaufen, indem die prozessuale Stellung des Opfers durch das Opferschutzgesetz von 1986, durch das Gesetz zum Schutz von Zeugen und zur Verbesserung des Opferschutzes von 1998 und schließlich durch ein weiteres Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren von 2004 laufend verstärkt worden ist: Seit 1986 können sich alle Opfer von Beleidigungen, Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen oder Sexualdelikten dem Strafprozeß als Nebenkläger anschließen, wodurch sie die

Rolle eines eigenständigen Prozesssubjekts mit mehrfach verbesserter Rechtsstellung erhalten. Auch wenn sie dies nicht tun, haben sie umfassende Rechte auf Akteneinsicht, auf Beteiligung an der Hauptverhandlung und auf den Beistand eines Rechtsanwaltes erhalten. Parallel dazu sind ihre Rechte als Zeuge gestärkt worden, insbesondere um die sogenannte sekundäre Viktimisierung durch eine das Opfer unter Umständen erneut traumatisierende Hauptverhandlung abzumildern. In den letzten Jahren hat ferner eine Verbesserung der Ansprüche des Verletzten auf Schadensersatz im Vordergrund gestanden, und zwar auf der einen Seite durch die Etablierung des sogenannten Täter-Opfer-Ausgleichs, und auf der anderen Seite durch den Ausbau des sogenannten Adhäsionsverfahrens, bei dem schon im Strafverfahren selbst die Schadensersatzansprüche des Verletzten geprüft werden und die Verurteilung zu einer Strafe mit einer Verurteilung zu Schadensersatz kombiniert wird.

3. Insgesamt kann man grundsätzlich vier verschiedene Funktionen der Opferstellung im Strafverfahren unterscheiden:(1) Die uralte Funktion als Ankläger war so gut wie vollständig auf die Staatsanwaltschaft übergegangen, seit 20 Jahren spielt aber der Verletzte neben der Staatsanwaltschaft in einem bestimmten Typus von Verfahren wieder eine erhebliche Rolle.(2) Das hat aber natürlich eine Rückwirkung auf diejenige Stellung des Verletzten, die im Laufe der Entwicklung fast die einzige geworden war, nämlich die Stellung als Zeuge, denn gerade die Verbesserung der Opferstellung hat hier zu einer Gefährdung des Beweiswertes der Zeugenaussage des Verletzten geführt.(3) Die Durchsetzung der Schadensersatzansprüche, die etwa in der germanischen Zeit mit dem Strafprozeß identisch gewesen ist, war ebenfalls vollständig aus dem Strafprozeß verschwunden, soll aber nach dem Willen

des Gesetzgebers in der Zukunft wieder eine größere Rolle spielen.(4) Schließlich muss man noch eine Funktion beachten, die in der Diskussion der letzten Jahrzehnte eigenartiger Weise aber kaum eine Rolle gespielt hat, nämlich als Kontrollinstanz für die Staatsanwaltschaft. Schon nach der Reichsstrafprozeßordnung von 1877 hatte der Verletzte die Möglichkeit des Klageerzwingungsverfahrens, wenn die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte, obwohl nach der Sach- und Rechtslage eigentlich eine Anklage geboten war. Um den Ausbau dieser wichtigen Funktion hat sich der Gesetzgeber bisher aber nicht gekümmert.

Ich möchte nacheinander einen genaueren Blick auf diese verschiedenen Funktionen werfen.

II Der Verletzte als Prozeßsubjekt

1. Während die Privatklage, bei der der Verletzte als alleiniger Ankläger auftritt, im wesentlichen Bagatelldelikte betrifft und deshalb in praktischer Hinsicht nach wie vor keine besondere Bedeutung besitzt, ist die Nebenklage durch die drei Gesetze zur Verbesserung der Opferstellung wesentlich ausgebaut worden und wird namentlich bei Sexualdelikten durch eine hierauf spezialisierte Gruppe engagierter Rechtsanwälte, meistens weiblichen Geschlechts, häufig wahrgenommen. Außer bei den Sexualdelikten ist sie auch bei Beleidigung, den Körperverletzungsdelikten und den Delikten gegen die Freiheit zulässig, daneben steht sie auch den Angehörigen des Opfers nach einem Tötungsdelikt zu, während umgekehrt für das Opfer einer fahrlässigen Körperverletzung nur bei besonderen Gründen die Nebenklage möglich ist, um zu verhindern, daß nach jedem Unfall im Straßenverkehr ein Anschluß als Nebenkläger erfolgt und dadurch überflüs-

sige Rechtsanwaltskosten entstehen.

2. Der Nebenkläger bekommt durch seinen Anschluß ein umfassendes Teilnahmerecht am Verfahren, er kann also bei der Zeugenvernehmung Fragen stellen. Beweisanträge stellen und auch Rechtsmittel einlegen. Vor allem hat der Nebenkläger ein umfassendes Recht auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung, welches der Abwesenheitspflicht des Zeugen vorgeht. Wenn der Nebenkläger auch als Zeuge vernommen wird – wie natürlich bei allen Delikten gegen die sexuelle Freiheit, bei denen die Nebenklägerin oft zugleich die einzige Belastungszeugin ist –, kann er sich also zunächst die gesamte Hauptverhandlung einschließlich der Einlassung des Angeklagten anhören. Darüber hinaus hat der Nebenkläger auch ein Recht auf Akteneinsicht und auf staatliche unentgeltliche Bestellung eines Beistandes, also eines speziellen Opferanwaltes. Dieses Recht besitzt er in den meisten Fällen zwar nur nach den Regeln der zivilrechtlichen Prozeßkostenhilfe für arme Parteien, aber im Falle eines angeklagten Sexualverbrechens, praktisch also vor allem der sexuellen Nötigung gemäß § 177 StGB, völlig unabhängig von seinen Vermögensverhältnissen.

3. Der Großteil dieser Rechte steht dem Verletzten auch dann zu, wenn er sich dem Verfahren nicht als Nebenkläger anschließt. Gemäß § 406 e StPO kann er durch einen Anwalt ein Recht auf Akteneinsicht geltend machen, wenn nicht überwiegende schutzwürdige Interessen des Beschuldigten entgegenstehen oder der Untersuchungszweck gefährdet wird. Gemäß § 406 f kann er sich des Beistandes eines Rechtsanwalts bedienen, insbesondere auch bei seiner Vernehmung, und er hat ein Recht zur Anwesenheit in der Hauptverhandlung. Hierüber ist der Verletzte umfassend zu belehren, so

wie er auch über den Ausgang des Verfahrens zu informieren ist.

III Die Ruinierung der Zeugenfunktion

Nach der von mir schon vor fast 20 Jahren begründeten,⁽¹⁾ im strafprozes-
sualen Schrifttum auf erhebliche Resonanz gestoßenen⁽²⁾ Würdigung hat der
Gesetzgeber durch diese Verbesserung der Opferstellung aber dessen
Zeugenfunktion schwerwiegend beeinträchtigt, die Ermittlung der materiel-
len Wahrheit gefährdet und den Prozess insgesamt in eine Schieflage zu
Lasten des Angeklagten gebracht.

1. Diejenigen Rechte, die durch die Opferschutzgesetze in § 406 e sowie §
406 f StPO dem Verletzten in fundamentaler Verkennung der Psychologie
der Zeugenaussage, der richterlichen Informationsverarbeitung in der
Hauptverhandlung und der forensischen Tatsachenermittlung als solcher
verliehen worden sind, haben nämlich eine Korruptionierung der Hauptver-
handlung bewirkt, deren kleineres Übel in der Vervielfältigung der Verfol-
gerrollen, deren größeres Übel in der Verwandlung einer Zeugenaussage als
Wissensbekundung in eine juristisch ausgeklügelte Parteierklärung zu sehen
ist.

a) Es versteht sich von selbst, daß der mit rechtlichem Beistand ausgerü-
stete, über den Akteninhalt oder zumindest über den bisherigen Verlauf der
Hauptverhandlung informierte Verletzte im Regelfall alles daran setzen

(1) Schünemann, NStZ 1986, 193 ff.; ders., StV 1998, 391 ff.; ders., in: Schünemann/
Dubber (Hrsg.), Die Stellung des Opfers im Strafrechtssystem, 2000, S. 1. 6 ff.

(2) Vgl. nur Roxin, Strafverfahrensrecht, 25. Aufl. 1998, S. 506.

wird, den Angeklagten der aus seiner Sicht verdienten Strafe zuzuführen, und also mehr oder weniger in eine Rolle als Zusatzankläger hineinschlüpfen wird. Dies geschieht in einer Hauptverhandlung, in der der Richter infolge der gerichtlichen Aufklärungspflicht (§ 244 Abs. 2 StPO) in Verbindung mit der von ihm im Eröffnungsbeschluß attestierten Wahrscheinlichkeit der Verurteilung (§ 203 StPO) zwangsläufig eine gegen den Angeklagten gerichtete inquisitorische Rolle einnimmt: Unabhängig von der Frage, ob der Richter, der den Fall aufgrund der von Staatsanwaltschaft und Polizei gestalteten Ermittlungsakten bereits mit dem Ergebnis einer wahrscheinlichen Schuld des Angeklagten beurteilt hat, danach in psychologischer Hinsicht überhaupt noch zu einer unbefangenen Würdigung des Beweisergebnisses der Hauptverhandlung in der Lage ist, muß er doch zumindest in rein äußerlicher Hinsicht gegenüber dem leugnenden Angeklagten um die Überführung besorgt sein, übt hierbei also nicht anders als der Staatsanwalt eine inquisitorische Rolle aus. Wenn auch noch der Verletzte diese Rolle mitübernimmt, sieht sich der Angeklagte geradezu einer Phalanx von Strafverfolgern gegenüber, deren quantitative und verbale Übermacht allein schon zu seiner Einschüchterung und damit zu einer Einschränkung seiner Verteidigungsmöglichkeiten führt.

Daß übrigens auch der Gesetzgeber von einer „Verlängerung“ der Inquisitorenbank durch den Opferbeistand ausgegangen ist, zeigt die Regelung des § 140 Abs. 2 Satz 1 StPO, die die notwendige Verteidigung wegen der Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage „namentlich“ dann vorsieht, „weil dem Verletzten ein Rechtsanwalt beigeordnet worden ist“. Durch die kausale (anstatt einer konditionalen) Verknüpfung wird deutlich, daß das Gesetz erst und gerade dann, wenn der Beschuldigte sich einem Verletzten

gegenübersieht, der sich des fachkundigen Rates eines Rechtsanwalts bedient, von einer erheblichen Beeinträchtigung der Fähigkeit zur Selbstverteidigung⁽³⁾ ausgeht.

b) Noch weitaus gravierender als die weitere Verschiebung der Kräftebalance in einer ohnehin vom Gericht vollständig dominierten Hauptverhandlung ist aber die Transformation der Zeugenaussage selbst, die bei einer Vorbereitung und Begleitung durch einen mit weittragenden Rechten und vor allem mit umfassender Aktenkenntnis ausgestatteten Rechtsanwalt ihren Charakter als schlichte Wiedergabe von Erinnerung verliert und den Status einer Parteierklärung annimmt, kurz: von Wissensbekundung in Interessenwahrnehmung transformiert wird.

Die Vernehmung des Opferzeugen degeneriert dadurch zu einer Mischung aus Beweisaufnahme und Parteiprozeß, weil die Kenntnis der Akten und die Anwesenheit in der Hauptverhandlung (und zwar schon bei der Einlassung des Angeklagten!) eine gezielte Vorbereitung der Aussage des Verletzten durch den Opferanwalt ermöglicht und dadurch die Spontaneität der Zeugenaussage als entscheidendes Kriterium ihrer Glaubwürdigkeit zerstört wird. Indem der Effekt der psychologisch feinsinnigen Vorschrift des § 58 Abs. 1 StPO zerstört wird, wonach jeder Zeuge ohne Kenntnis des bisherigen Verlaufes der Hauptverhandlung und ohne Aktenkenntnis allein aus seiner Erinnerung aussagen soll, wird ausgerechnet an der entscheidenden Stelle jede seriöse Überprüfung der Glaubwürdigkeit verhindert: Denn in den Prozessen wegen Sexualstraftaten steht typischerweise die Aussage des

(3) So Meyer-Goßner, StPO, § 140 Rdn. 31.

Angeklagten gegen die Aussage der angeblich Verletzten als einziger Belastungszeugin, so dass die Transformation ihrer Zeugenaussage in einen Parteivortrag, die die Opferschutzgesetze praktisch bewirkt haben, auf eine Perversion der Wahrheitsfindung hinausläuft.

2. Im Ergebnis wird man deshalb sagen müssen, dass der Ausbau der Rechtsstellung des Verletzten als Prozesssubjekt zu einer Ruinierung seiner Zeugenfunktion und damit seiner Rolle für die prozessuale Wahrheitsfindung geführt hat. Weil aber die Auffindung der materiellen Wahrheit nach der Struktur des deutschen Strafverfahrens den zentralen Wert darstellt, haben die drei Opferschutzgesetze die Balance des Verfahrens insgesamt erheblich geschädigt.

IV Adhäsionsverfahren, Rückgewinnungshilfe und Täter–Opfer–Ausgleich

1. Das Adhäsionsverfahren ist ursprünglich aus dem österreichischen Strafprozeß übernommen worden, hat aber über Jahrzehnte hinweg keinerlei Bedeutung erlangt, weil es weder bei den Rechtsanwälten noch bei der Richterschaft beliebt war: Weil kein Anwaltszwang bestand und die Gebühren niedriger als im Zivilprozeß waren, war das ganze für die Rechtsanwälte nicht attraktiv, und für die Richter bedeutete es eine erhebliche Mehrarbeit auf dem für sie ungewohnten Feld des zivilrechtlichen Schadensersatzrechts. Außerdem konnte wegen der Frage, ob und in welcher Höhe ein Schaden entstanden war, der Strafprozeß erheblich verlängert werden. Deshalb wurden nur ganz selten Adhäsionsanträge gestellt, und die Richter pflegten, wozu sie damals berechtigt waren, diese dann zumeist nach ihrem freien Ermessen wegen mangelnder Eignung abzulehnen. Im Opferschutzgesetz von 1986 hat man den Bedenken wegen einer Verfahrensverzögerung

durch die Möglichkeit eines Urteils über den Schadensersatzanspruch lediglich dem Grunde nach Rechnung zu tragen versucht, ohne daß sich in der Praxis aber etwas änderte. Deshalb hat der Gesetzgeber im Gesetz zur Verbesserung der Opferrechte von 2004 die Rechtsstellung des Verletzten im Adhäsionsverfahren erheblich verstärkt, indem die Möglichkeiten des Gerichts, einen Adhäsionsantrag abzulehnen, eingeschränkt worden sind. Es heißt in § 406 Abs. 1 Satz 4 StPO zwar immer noch, daß das Gericht von einer Entscheidung absehen könne, wenn sich der Antrag zur Erledigung im Strafverfahren nicht eigne, und in Satz 5 heißt es, der Antrag sei insbesondere dann nicht geeignet, wenn seine weitere Prüfung, auch soweit eine Entscheidung nur über den Grund oder einen Teil des Anspruchs in Betracht kommt, das Verfahren erheblich verzögern würde. Aber der Richter hat jetzt kein freies Ermessen mehr, und bei Geltendmachung eines Schmerzensgeldes wird die Eignung sogar immer fingiert. Außerdem kann eine Zurückweisung des Antrages mangels Eignung gemäß § 406 a mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden. Damit ist in der Tat die Rechtsstellung des Verletzten wesentlich gestärkt worden, und weil das Adhäsionsverfahren im Gegensatz zum Zivilprozeß für den Verletzten den Vorzug besitzt, daß alle Beweise ja von Amts wegen beschafft werden, ist eigentlich die Attraktivität dieses Verfahrens für ihn sehr groß. Ob sich deshalb in der Praxis das Adhäsionsverfahren einbürgern wird, bleibt abzuwarten. Ein Problem könnte immer noch sein, daß der Rechtsanwalt, der den Antrag für den Verletzten stellt, eine etwas geringere Gebühr bekommt, als wenn er den Schadenersatzanspruch im Zivilprozeß einklagen würde.

2. In der Zukunft könnte das Adhäsionsverfahren vor allem auch in Wirtschaftsstrafsachen eine erhebliche Bedeutung erlangen, weil hier ein

weiteres Rechtsinstitut existiert, mit dessen Hilfe die durch die Straftaten erlangten Vermögenswerte schon frühzeitig für die Rückerstattung an den Verletzten sichergestellt werden können. Es handelt sich um die sog. Zurückgewinnungshilfe, die in § 111 b Abs. 5 StPO geregelt ist. Danach kann die Staatsanwaltschaft die Vermögensvorteile, die der Beschuldigte aufgrund der Tat erlangt hat und auf deren Rückerlangung ein Anspruch des Verletzten besteht, schon im Ermittlungsverfahren durch Beschlagnahme sicherstellen und dadurch dem Verletzten die Möglichkeit des Zugriffs auf den Tatgewinn offenhalten. Weil in Wirtschaftsstrafsachen erfahrungsgemäß die Beute irgendwann ins Ausland verlagert, teilweise vielleicht auch für eine kostspielige Strafverteidigung verwendet wird, besitzt die Staatsanwaltschaft in der Zurückgewinnungshilfe eine scharfe Waffe, um die Wiedergutmachungsinteressen des Verletzten sicherzustellen.

3. Während die bisher betrachteten Rechtsinstitute die Verfahrensposition des Opfers ausschließlich zu Lasten des Beschuldigten stärken, existiert seit 1994 mit dem Täter-Opfer-Ausgleich auch ein sowohl im Interesse des Opfers als auch im Interesse des Beschuldigten geschaffenes Rechtsinstitut, nämlich ein vertypter Strafmilderungsgrund für den Fall eines zumindest ernsthaften Bemühens des Beschuldigten um die Wiedergutmachung des Schadens. Im engeren Sinn meint der Täter-Opfer-Ausgleich die Lösung des der Tat zugrunde liegenden Gesamtkonflikts in einem kommunikativen Prozeß, der auch das Opfer einbezieht und als Minimalvoraussetzung die redliche Absicht des Täters erfordert, mit dem Opfer zu einem friedensstiftenden Ausgleich zu kommen. Im weiteren Sinne genügt es auch, wenn der Täter unter Erbringung erheblicher persönlicher Leistungen das Opfer ganz oder zum überwiegenden Teil entschädigt, also etwa umfangreiche

Arbeiten in seiner Freizeit erbringt oder erhebliche Einschränkungen im persönlichen oder finanziellen Bereich auf sich nimmt, um das Opfer mindestens zum überwiegenden Teil entschädigen zu können. Der sich für diesen Fall nach § 46a StGB ergebende Strafmilderungsgrund ist in prozessualer Hinsicht in drei Vorschriften aufgegriffen worden: Nach § 155 a StPO sollen Staatsanwaltschaft und Gericht die Möglichkeit eines Täter-Opfer-Ausgleichs in jedem Stadium des Verfahrens prüfen und in geeigneten Fällen darauf hinwirken. Zu diesem Zweck kann gemäß § 155 b StPO eine Ausgleichsstelle eingeschaltet werden, die besondere Erfahrungen in der außergerichtlichen Schlichtung von Konflikten hat. Schließlich kann der Täter-Opfer-Ausgleich als Auflage für eine Einstellung des Verfahrens nach § 153 a StPO dienen, wenn der Vorwurf kein Verbrechen, sondern nur ein Vergehen betrifft und durch die Auflage das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung beseitigt werden kann, sofern nicht die Schwere der Schuld entgegensteht. Insgesamt ist damit der Täter-Opfer-Ausgleich als eine wichtige Möglichkeit für die Diversion etabliert. Für das im Vordergrund des Opferschutzes stehende Delikt der sexuellen Nötigung scheidet eine Einstellung des Verfahrens allerdings aus, weil es sich hierbei um ein Verbrechen handelt, so daß eine Einstellung des Verfahrens gegen Auflage nicht möglich ist.

4. Insgesamt wird man die Intensivierung des Adhäsionsverfahrens, die Möglichkeit einer frühzeitigen Zurückgewinnungshilfe und die Einrichtung des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) als eine durchaus positive und vielversprechende Entwicklung im Bereich der Verstärkung der Opferrechte anzusehen haben, zumal der „T-O-A“ auch für den Täter zu einer Strafmilderung oder gar zu einer Einstellung des Verfahrens führen kann. Natürlich

kann dadurch auch ein starker Druck auf den Täter in Richtung der Ablegung eines Geständnisses ausgeübt werden, insbesondere bei den Sexualdelikten, weil der Bundesgerichtshof hier betont hat, daß eine Strafmilderung nur nach Ablegung eines Geständnisses in Betracht kommt.

V Das Klageerzwingungsverfahren

1. Als letztes möchte ich einen Blick auf das Klageerzwingungsverfahren werfen. Schon in der Reichsstrafprozeßordnung von 1877 hat es die Möglichkeit gegeben, daß der Verletzte einen Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft zunächst beim Generalstaatsanwalt und sodann beim Oberlandesgericht mit der Begründung angreift, daß an Stelle der Einstellung die Anklageerhebung geboten gewesen wäre. Der Gesetzgeber hat hier das Vergeltungsinteresse des Verletzten in den Dienst einer Kontrolle der Staatsanwaltschaft gestellt und dadurch eine Antwort auf die Frage gegeben: „Wer kontrolliert die Kontrolleure?“ Daß eine solche Kontrolle wichtig ist, kann man nicht bezweifeln, denn sowohl bei politisch einflußreichen Beschuldigten als auch in den Fällen, in denen die Strafverfolgung für die Staatsanwaltschaft mühsam und arbeitsreich ist, besteht für den Staatsanwalt eine große Versuchung, sich weitere Mühe durch eine Einstellung des Verfahrens zu ersparen oder sich vielleicht zukünftig für eine Beförderung zu empfehlen, wenn der Beschuldigte gute Beziehungen zum Justizminister hat. Gerade weil der Justizminister über die Beförderungen im Bereich der Staatsanwaltschaft entscheidet, behält er unabhängig von der Frage eines formellen Weisungsrechts einen starken informellen Einfluß auf die Staatsanwaltschaft, und hierdurch entsteht wiederum die Gefahr, daß Einstellungsentscheidungen politisch beeinflußt werden. Indem der Verletzte dann aber das Klageerzwingungsverfahren bis zum Oberlan-

desgericht treiben kann, kann er durchsetzen, daß ein unabhängiges Gericht über die Berechtigung der Vorwürfe entscheidet.

2. Dieses wichtige Institut ist in den letzten Jahrzehnten allerdings dadurch entscheidend geschwächt worden, daß man nicht bei Verbrechen, wohl aber bei Vergehen und damit im gesamten Vermögensbereich praktisch das Opportunitätsprinzip eingeführt hat, wobei die Staatsanwaltschaften insbesondere in ganz gravierenden Wirtschaftsstrafsachen gerne von der Möglichkeit einer Einstellung gegen Geldzahlung gemäß § 153 a StPO Gebrauch machen. Dies geschieht sogar immer wieder in Wirtschaftsstrafverfahren, in denen der vorgeworfene Schaden in die Millionen oder gar Milliarden geht. Gegenüber einer Einstellung aus Opportunitätsgründen, also insbesondere auch in dem erwähnten Bereich des § 153 a StPO hat nun aber die Rechtsprechung ein Klageerzwingungsrecht des Verletzten verneint, und das Bundesverfassungsgericht hat dies auch für verfassungsrechtlich korrekt erklärt.⁽⁴⁾ Ich sehe darin eine schwere rechtsstaatliche Einbuße. Zwar kann der Verletzte natürlich nicht verlangen, daß das Ermessen der Staatsanwaltschaft durch sein eigenes Ermessen ersetzt wird. Es müßte aber zumindest gerichtlich überprüfbar sein, ob die Staatsanwaltschaft bei einer Einstellung aus Opportunitätsgründen die gesetzlich gezogenen Ermessensgrenzen eingehalten hat.

VI Ergebnis

Die Rechtsstellung des Opfers im Strafverfahren hat damit in den letzten 20 Jahren eine ungeheure Dynamik entfaltet. Hierbei muß man den Ausbau der

(4) BVerfG NJW 2002, 815.

Subjektstellung des Verletzten sehr skeptisch beurteilen, weil dadurch die Zeugenrolle erheblich beeinträchtigt worden und insgesamt der Prozeß aus der Balance geraten ist, namentlich wenn das Opfer den wichtigsten oder womöglich sogar alleinigen Belastungszeugen darstellt. Positiv zu beurteilen sind dagegen die Verbesserungen der Opferstellung auf dem Gebiet der Schadenswiedergutmachung durch Ausbau des Adhäsionsverfahrens, durch die Zurückgewinnungshilfe und auch durch den Täter-Opfer-Ausgleich. Eine erhebliche Lücke der Rechtsstellung des Verletzten ist dagegen im Bereich des Klageerzwingungsverfahrens entstanden, weil die Ausbreitung des Opportunitätsprinzips die durch das Klageerzwingungsverfahren mögliche Kontrolle über die Staatsanwaltschaft extrem abgeschwächt hat.